



Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 und 14 DSGVO)

Ar

Amt für Migration und Integration Sachgebiet Integration Rückkehr- und Perspektivberatung

Nach den Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir dazu verpflichtet, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das oben genannte Amt des Landratsamtes Rastatt aufzuklären. Im Folgenden möchten wir der Informationspflicht gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO nachkommen.

1. Verarbeitung personenbezogener Daten

1.1 Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Amt für Migration und Integration – Sachgebiet Integration, Aufgabe Rückkehr- und Perspektivberatung – verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich zur Erledigung folgender Zwecke:

- Rückkehr- und Perspektivberatung von ausländischen Personen die in Erwägung ziehen, freiwillig in ihr Heimatland oder ein aufnahmeberechtigtes Drittland zurückzukehren.
- Unterstützung im Rahmen der freiwilligen Rückkehr in das Heimatland oder aufnahmeberechtigtes Drittland.

Hierzu zählen auch Beratungen und die Bearbeitung individueller Anliegen. In diesem Zusammenhang werden personenbezogene Daten auch zu statistischen Zwecken verarbeitet.

1.2 Grundlage der Verarbeitung

Sofern eine Einwilligung von Ihnen vorliegt, ergibt sich die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a i.V.m. Artikel 7, 8 DSGVO. Wenn für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt, die Verarbeitung erforderlich ist oder wenn die Verarbeitung in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe i DSGVO maßgebend. Darüber hinaus dienen als Rechtsgrundlage § 4 LDSG und Artikel 6 Absatz 3 DSGVO sowie spezialgesetzliche Regelungen, insbesondere die §§ 86a bis 91g Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und die §§ 7 und 8 Asylgesetz (AsylG).

1.3 Insbesondere werden folgende personenbezogenen Daten verarbeitet

1.3.1 Stammdaten

Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Anschrift in Deutschland und ggf. im Heimatland, Telefonnummern, E-Mail-Adresse

1.3.2 Daten zur Prüfung der Mittellosigkeit, Flugfähigkeit, Ausreisemöglichkeit

u.a. Angaben zur persönlichen und familiären Situation, ethnische Zugehörigkeit, Daten zur Aufenthaltsdauer und zum -status, Ein- und Ausreisedatum, Passdokument, Einkommens- und Vermögensnachweise, erhaltene Sozialleistungen, Arztberichte und medizinische Gutachten, Angaben zur Art der Förderung und ggf. Stand eines Strafverfahrens.

1.4 Quelle, aus der die personenbezogenen Daten stammen

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- zuständiges Regierungspräsidium
- zuständige Ausländerbehörde

-
- zuständiges Sozialamt
 - Agentur für Arbeit oder Jobcenter
 - Mitarbeitende in der Gemeinschaftsunterkunft
 - zuständige Sozialbetreuung/-beratung
 - zuständiges Jugendamt
 - zuständige Stadt- oder Gemeindeverwaltung
 - Familienkasse
 - medizinische Versorgerinnen und Versorger
 - Internationale Organisation für Migration (IOM)
 - Vermieterin und Vermieter
 - mandatierte Anwältin oder mandatiertes Anwalt
 - behandelnde Ärztinnen und Ärzte

Die Quellen sind nicht öffentlich zugänglich und werden nur mit Ihrer Einwilligung bzw. sofern wir hierzu gesetzlich ermächtigt sind, kontaktiert.

1.5 Übermittlung der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten können zur gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung an Dritte übermittelt werden; soweit dies im Rahmen der unter Ziffer 1.2 dieses Datenschutzinformativblatts dargelegten Zwecke und Rechtsgrundlagen zulässig ist. Für die Erledigung unserer Aufgaben benutzen wir IT-gestützte Fachverfahren (Software), in die Ihre Daten eingegeben werden. Dabei arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung oder sonstigen ausgewählten Dienstleistern zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten. Diesen werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, offengelegt. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten sein:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- zuständiges Regierungspräsidium
- zuständige Ausländerbehörde

Weitere Datenempfängerinnen und Datenempfänger können diejenigen Personen und/oder Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben.

Soweit dies für die Erfüllung der Rückkehr- und Perspektivberatung erforderlich ist, kann auch eine Übermittlung außerhalb der Europäischen Union an Drittländer bzw. internationale Organisationen oder Konsulate erfolgen. Werden die personenbezogenen Daten an ein solches Drittland, eine internationale Organisation oder ein Konsulat übermittelt, haben Sie das Recht, über die dortigen Empfänger*innen sowie über die Grundlage der Übermittlung (Vorliegen eines Angemessenheitsbeschlusses nach Art. 45 DSGVO, Vorhandensein geeigneter Garantien nach Art. 46 DSGVO, in Sonderfällen nach Art. 49 DSGVO) unterrichtet zu werden.

2. Dauer der Speicherung / Aufbewahrungsfristen

Ihre Daten werden gelöscht, wenn die zur Erfüllung des unter 1.1 genannten Zweckes nicht mehr benötigt werden und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Nach Abschluss des Verfahrens werden Ihre Daten in der Regel noch 10 Jahre gespeichert und im Anschluss routinemäßig gelöscht. Eine Speicherung kann jedoch über die angegebene Zeit hinaus im Falle einer (drohenden) Rechtsstreitigkeit mit Ihnen oder eines sonstigen rechtlichen Verfahrens erfolgen oder wenn die Speicherung durch gesetzliche Vorschriften, denen wir als Verantwortlicher unterliegen, vorgesehen ist. Wenn die durch die gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, erfolgt eine Löschung der personenbezogenen Daten, es sei denn, dass eine weitere Speicherung durch uns erforderlich ist und dafür eine Rechtsgrundlage besteht.

3. Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Erledigung gesetzlich vorgeschriebener Pflichten unabdingbar. Für alle weiteren Verarbeitungszwecke ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten freiwillig. Werden die personenbezogenen Daten allerdings nicht oder nicht vollständig mitgeteilt, kann dies, wenn die Zurverfügungstellung der personenbezo-

genen Daten hierfür erforderlich ist, eine Versagung der beantragten Leistungen zur Folge haben und/oder eine umfassende Beratung unmöglich machen.

4. Betroffenenrechte

4.1 Recht auf Widerruf Ihrer Einwilligung (Artikel 7 DSGVO)

Sie haben das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

4.2 Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht sofern nicht die Vorschriften der §§ 9, 13 Abs. 4, 14 Abs. 2, 16 Abs. 1 LDSG diesem Auskunftsrecht entgegenstehen, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über die Verarbeitung.

4.3 Recht auf Berichtigung/Löschung/Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 16-19 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass

- Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt werden (Recht auf Berichtigung - Artikel 16 DSGVO) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs.3 LDSG diesem Berichtigungsrecht entgegenstehen,
- Sie betreffende personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO unverzüglich gelöscht werden (Recht auf Löschung) sofern nicht die Vorschrift der § 10 LDSG dem Recht auf Löschung entgegensteht und
- die Verarbeitung unter den Voraussetzungen des Artikels 18 DSGVO eingeschränkt wird (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht auf Einschränken der Verarbeitung entgegenstehen;

4.4 Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage einer Einwilligung oder auf einem Vertrag, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 20 DSGVO ein Recht auf Datenübertragung zu sofern nicht die Vorschriften des § 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegensteht.

4.5 Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage des Artikels 6 Abs. 1 Buchstabe e oder f DSGVO, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 21 DSGVO ein Widerspruchsrecht zu sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegenstehen.

4.6 Beschwerderecht (Artikel 77 DSGVO)

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie, unbeschadet anderer Rechtsbehelfe, das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.

Kontakt:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Adresse: Königstraße 10a, 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 6155410

E-Mail: poststelle@ldfi.bwl.de

5. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landratsamt Rastatt, Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt,
vertreten durch den Landrat
landrat@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1001

6. Unsere Datenschutzbeauftragte/unser Datenschutzbeauftragter

Unsere Datenschutzbeauftragte oder unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter
datenschutz@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1093